Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneten-Brief

www.volkmar-halbleib.de

Bayerischer Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der 19. Auflage meines Abgeordnetenbriefs möchte ich Sie und Euch zur Jahresmitte erneut über Schwerpunkte meiner Arbeit als Abgeordneter informieren. Es gab in der ersten Jahreshälfte eine Vielzahl an Terminen und Veranstaltungen, die ich wahrgenommen habe. Einem Thema, das uns in der Region sehr zu schaffen macht, habe ich mich besonders intensiv gewidmet, dem Thema „Klimawandel“. Mit ihm einher geht das Thema Wasser in all seinen unterschiedlichen Facetten. Die Region um Würzburg zählt zu den trockensten in ganz Bayern, insofern stellen sich Fragen nach der Verfügbarkeit von Wasser, nach dessen Bereitstellung für Landwirtschaft und Sonderkulturen und es stellen sich Fragen nach den Auswirkungen der hohen Temperaturen auf den heimischen Wald. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass wir in diesem Frühjahr sehr viel Wasser in Form von vielen Regenfällen hatten, was auch zu Überschwemmungen mit großen Schadenereignissen führte. Auch in diesem Fall war ich aktiv. Lesen Sie über meine Aktivitäten zum Thema Klimawandel und Wasser in diesem Abgeordnetenbrief.

Schweren Herzens habe ich Anfang Juni die Aufgabe als finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zur Verfügung gestellt, um mich auf die immer arbeitsreichere Aufgabe als Parlamentarischer Geschäftsführer konzentrieren zu können. Aber dieses herausgehobene Amt gibt mir weiterhin viele Möglichkeiten, mich für Unterfranken und meine Stimmkreise Würzburg-Land und Kitzingen einzusetzen, auch als Stiftungsrat der Bayerischen Landestiftung.

Lesen Sie in dieser Ausgabe auch Gastkommentare unseres MdBs Bernd Rützel und von unserer Europaabgeordneten Kerstin Westphal.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde, ich wünsche Ihnen und Euch eine interessante und erholsame Urlaubszeit. Kommen Sie alle gesund und munter wieder nach Hause.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr und Euer

Volkmar Halbleib

Volkmar Halbleib, MdL
Abgeordneter für den Landkreis Würzburg, Betreuungsabgeordneter für den Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:

	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 2
	Aktivitäten vor Ort	Seite 9
	Einsatz für die Region	Seite 10
	Meine Aufgaben in München	Seite 14
	Gastbeiträge unserer Abgeordneten	Seite 18

Veranstaltungen im Rückblick – Eine Auswahl

Neuwahl-Konferenz der Kreis-SPD in Gerbrunn: Verantwortung als neuer Unterbezirksvorsitzender

Turnusgemäß fanden am 22. April 2016 im Rahmen der Delegiertenversammlung des SPD-Unterbezirks Neuwahlen statt. Fabian Liegmann, unser bisheriger Vorsitzender, der mittlerweile beruflich in Hannover tätig ist und dort wohnt, stand nicht mehr für das Amt zur Verfügung. Der Unterbezirksvorstand hatte mich um die Kandidatur für den Kreis-Vorsitz gebeten. Gerne habe ich mich zu einer Kandidatur bereit erklärt, da ich weiß, in welcher Weise mich die Partei in meinen vielfältigen anderen Funktionen als Landtagsabgeordneter, Kreisrat, Stadtrat in Ochsenfurt etc. unterstützt. Ich will auf diesem Wege auch etwas an die Partei zurückgeben. In meiner Bewerbungsrede machte ich deutlich, dass ich mich eher als Spielertrainer sehe und nicht nur als Antreiber vom Spielfeldrand. Ich freue mich über das sehr gute Ergebnis. Vielen Dank.
Unterstützt werde ich künftig von einer starken Stellvertreterriege, zu der Stefan Wolfshörndl (im Bild links), Christine Haupt-Kreutzer (Zweite von links), Abdu Bilican (Zweiter von rechts) und Anna Strvtecky (rechts) gehören. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern des über 20-köpfigen Vorstands. Mein Dank gilt Fabian Liegmann für sein Engagement in verantwortlicher Position in den letzten Jahren. Mein Dank gilt auch Stefan Wolfshörndl, der in Zeiten der berufsbedingten Abwesenheit von Fabian, die Kreis-SPD interimsweise führte.

Neuwahlen auch im Rahmen des Bezirksparteitags am 4. Juni 2016 Weiter stellvertretender Bezirksvorsitzender

Im Rahmen des Bezirksparteitags in Mellrichstadt fanden ebenfalls Neuwahlen statt. Bernd Rützel, MdB, wurde mit 93 Prozent der Stimmen als Vorsitzender wiedergewählt. Als Stellvertretender Bezirksvorsitzender wurde ich ebenfalls mit einem erfreulichen Ergebnis von 93 Prozent der Stimmen bestätigt. Als weitere Stellvertreter wurden gewählt: Sabine Dittmar, MdB, Martina Fehlner, MdL, Kathi Petersen, MdL, und Harald Schneider, Karlstadt. Als Schwerpunktthemen behandelte der Parteitag die Bereiche „Wohnen, Arbeiten, Leben“. Die

Delegierten berieten insgesamt 21 Anträge. Zahlreiche Anträge gab es zu den Bereichen Flüchtlingspolitik und Verkehr.

Europatag an der Mittelschule Margetshöchheim:

Viele spannende Schülerfragen

„Haben sich die Beziehungen zur Türkei durch den Fall Böhmermann verändert?“, Glauben Sie, dass noch mehr Länder der EU beitreten wollen?“, Bringen die Flüchtlinge der deutschen Wirtschaft Probleme?“, Wie wird es in den nächsten Jahren mit dem Euro aussehen?“, “Wie stehen Sie zur AfD?“ „Ab wann zählt man als superreich?“ Bunt – und durchaus nicht nur auf Europa bezogen - war der Reigen der Fragen der Schülerinnen und Schüler der neunten Klasse der Mittelschule Margetshöchheim an mich bei meinem Besuch an ihrer Schule. Fast zwei Stunden lang gab ich den Schülerinnen und Schülern bereitwillig Auskunft auf all ihre Fragen und diskutierte mit Ihnen.

Ich animierte sie auch, sich selbst zu engagieren. Politik entstehe nicht im luftleeren Raum. Nur wer auch bereit ist, Probleme bei den politisch Verantwortlichen anzusprechen und sich für Verbesserungen zu engagieren, wird die Chance haben, etwas zu verändern.

Planspiel: „Der Landtag sind wir“: Realschüler werden zu Politikern

49 Schüler der Ochsenfurter Realschule erhielten im Rahmen eines Planspiels des Bayerischen Landtags die Gelegenheit selbst in die Rolle von Landtagsabgeordneten zu schlüpfen und einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten. Die Ochsenfurter hatten das Thema „Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen“ gewählt. Nach ihrer Aufteilung in Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien, mussten sie den Gesetzgebungsprozess durchlaufen, mit erster Lesung, Ausschussberatungen, Fraktionssitzungen, zweiter Lesung und Schlussabstimmung. Zwischendurch mussten sie sich als Politiker immer auch Fragen der Presse stellen und sich als Gäste in Talkshows versuchen. Meine Landtagskollegin Kerstin Celina (Grüne) und ich gaben den Schülern jeweils Feedback und beantworteten abschließend ihre Fragen.

Fünfjähriges Bestehen des Pflegestützpunktes gefeiert

Einen Tag der offenen Tür feierte der Pflegestützpunkt Würzburg anlässlich seines fünfjährigen Bestehens. Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Prof. Dr. Alexander Schraml als Vertreter des Landkreises betonten die positive Entwicklung beim Aufbau dieses Netzwerkes, das die Angehörigen von Pflegebedürftigen begleitet und sie über Hilfen informiert. Anlässlich des Jubiläums konnte ich mir selbst vor Ort ein Bild machen von der segensreichen Arbeit dieser Einrichtung. Seit der Eröffnung wurden bereits über 6.000 Kontakte dokumentiert.

Kontaktgespräch mit dem Vorstand des BDKJ

Im April traf ich mich auf Einladung des BDKJ im Bistum Würzburg mit dessen Vorstand zu einem politischen Kontaktgespräch. Der BDKJ führt regelmäßig Gespräche mit politischen Mandatsträgern, um seine Anliegen vorzubringen und verschiedene Themen mit Abgeordneten zu diskutieren. Der BDKJ und seine Verbände haben einen reichen Erfahrungsschatz, wenn es um Anliegen junger Menschen und deren Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess geht. Insofern sind mir persönlich solche Gespräche immer auch sehr wichtig, da man so aus erster Hand erfährt, welche Themen gerade oben anstehen auf der Agenda der Jugendverbände. Mit mir trafen sich zum Gespräch der hauptamtliche Diözesanvorsitzende des BDKJ Manuel Koch, rechts, und seine Vorstandskollegen Matthias Zöller, Geistlicher Leiter des BDKJ, links, und Sebastian Dietz, ehrenamtlicher Diözesanvorsitzender, Zweiter von links. Zentrale Themen unseres Gesprächs waren die Themen Umwelt und die Flüchtlingspolitik.

Kirchheimer SPD lud zum Polit-Talk ins Pfarrheim

Zu einem Polit-Talk lud mich der Kirchheimer SPD-Ortsverein nach Kirchheim ein. Nach der Begrüßung durch Ortsvereinsvorsitzenden Konrad Pötzl referierte ich zunächst über aktuelle Neuigkeiten aus dem bayerischen Landtag. Vor allem der Nachtragshaushalt stand im Mittelpunkt meiner Betrachtungen. Die SPD-Landtagsfraktion hatte dazu viele Anträge gestellt. Uns geht es um mehr Lehrerstellen, um eine stärkere Unterstützung der Kommunen und vor allem um eine Forcierung des sozialen Wohnungsbaus. Auch die Themen marode Staatsstraßen und Brücken, zu deren Sanierung die Staatsregierung zu wenig beiträgt, sprach ich an. Ein zentrales Thema war die kürzlich im Landtag beschlossene Änderung des Kommunalabgabengesetzes, bei der es um Änderungen im Bereich der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen geht. Auch regionale und lokale Themen, wie den Bahnhaltepunkt Heidingsfeld, die Umgehungsstraße Giebelstadt, den Defizitausgleich für das Schwimmbad, die Straßenausbaubeiträge und die Offene Ganztagsschule sprach ich an bzw. wurden von den Besuchern des Polit-Talks in die Diskussion eingebracht.

Veranstaltung in Kirchheim: Zeitzeugen berichten

50 der noch lebenden Kirchheimer Vertriebenen und interessierte Bürger waren der Einladung des Kirchheimer SPD-Ortsvereins in den Heblingshof gefolgt. Die Veranstaltung lief unter dem Motto: Zeitzeugen berichten. Konrad Pötzl, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Kirchheim, begrüßte die Besucher. Als Vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion war ich eingeladen, die Moderation zu übernehmen. Es gab Kaffee und Kuchen und viele höchst interessante Beiträge. Männer und Frauen berichteten über die letzte Zeit in ihrer früheren Heimat, die Schrecken des Verlustes und über ihre Ankunft in der neuen Heimat. Sie berichteten auch davon, dass sie nicht sehr willkommen geheißen wurden, dass es dennoch Herzlichkeit, Einfühlungsvermögen und Hilfe gab. Karl Herold, der spätere Kirchheimer Bürgermeister, habe viel dafür getan, dass sie als Vertriebene zusammenbleiben konnten und in Kirchheim und der Umgebung angesiedelt wurden. Vieles in den Augenzeugenberichten erinnerte an die Situation der heutigen Flüchtlinge, die gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, um Zuflucht zu suchen.

Historischer, musikalischer und kulinarischer Reichtum der Region:

Kreis-SPD unterwegs auf Kultur-Tour im Landkreis Würzburg

Der Landkreis ist reich an Kulturschätzen und Denkmälern. Diese zu heben, dazu haben sich der SPD-Kreisvorstand, Mitglieder der Kreistagsfraktion und interessierte Mitglieder aufgemacht.

Bei der diesjährigen Kultur-Tour ging es zunächst nach **Kirchheim** in den Heblingshof. Dort veranstaltete die Kirchheimer SPD einen musikalischen Frühschoppen mit Singer/Songwriter Donny Vox. Zusätzlich zum musikalischen Ohrenschmaus gab es Weißwürste, Gyros und leckeren Kuchen. Edgar Berthold, er ist Vorsitzender des Historischen Vereins Kirchheim, führte uns durch den Heblingshof. Dieser ist ein sehenswertes Muschelkalk- und Bauernhofmuseum, das auch die Geschichte der Steinhauer und die Lebenswirklichkeit der „kleinen Leute“ im 19. und 20. Jahrhundert lebendig darstellt. Eine Führung in der alten Pfarrkirche St. Michael schloss sich an (linkes Bild). Edgar Berthold erläuterte uns, dass die Kirche 1701 bis 1703 unter Fürstbischof Johann Philipp von Greiffenclau erbaut wurde. Beeindruckt waren wir vom Innern der Kirche, insbesondere von den in den 1790er Jahren entstandenen Stukkaturen von Materno Bossi.

Eine weitere Station war **Allersheim**. Unter fachkundiger Führung von Frau Friederike Langeworth, Historikerin und Archivpflegerin des Marktes Giebelstadt, besuchten wir die im Stile einer Echterkirche erbaute, 400 Jahre alte, Pfarrkirche, die der heiligen Walburga und dem heiligen Georg geweiht ist. Die Gemeinde feierte just an diesem Tag auch das Jubiläumsjahr. Viele Details der Kirche, interessierten uns, u. a. die Pestsäule aus dem Jahr 1638, die im Eingangsbereich der Pfarrkirche steht.

Friederike Langeworth führte uns danach über den Allersheimer Judenfriedhof (rechtes Bild, Foto Toni Gernert). Dieser fand bereits Anfang des 16. Jahrhunderts eine Erwähnung im Memorbuch von Aub. Der Friedhof wurde in späteren Jahrhunderten immer wieder erweitert, er war Verbandsfriedhof für 20 jüdische Gemeinden. Auf einer Fläche von einer Größe von 16.600m² fanden ca. 4.000 Bestattungen statt, heute sind noch etwa 1.575 Grabsteine vorhanden.

Ihren Abschluss fand die Kultur-Tour der Kreis-SPD in **Reichenberg**. Nach einer ortskundlichen Führung durch Bürgermeister Stefan Hemmerich stärkten wir uns und diskutierten über die frisch gewonnen Eindrücke.

Rote-Radler-Tour: Mit Markus Rinderspacher unterwegs im Landkreis Kitzingen

Auf meine Einladung hin bestritt unser Fraktionssprecher im Bayerischen Landtag Markus Rinderspacher den ersten Tag seiner diesjährigen Rote-Radler-Tour, die ihn in alle bayerischen Regierungsbezirke führt, im Landkreis Kitzingen. Schwer hingen die dunklen Regenwolken über unserer Region. Doch wir hatten Glück: Der Regen verschonte uns. Die Tour führte uns von Gerolzhofen (Landkreis Schweinfurt) über Volkach, Sommerach, Dettelbach, Mainstockkeim nach Kitzingen. In Gerolzhofen begrüßte uns zweiter Bürgermeister Erich Servatius (SPD). Er stellte uns Gerolzhofen vor und sprach einige örtliche Themen an. In Volkach begrüßte uns Peter Kornell, Bürgermeister von Volkach, im Rathaus. WLAN in einer Kommune mit vielen Ortsteilen war hier das Thema. In Sommerach stärkten wir uns mit einer Brotzeit und tauschten uns mit dem Präsidenten des fränkischen Weinbauverbandes Artur Steinmann über Probleme in der Weinwirtschaft aus. In Dettelbach führten uns die Genossen des dortigen SPD-Ortsvereins unter Leitung des OV-Vorsitzenden Michael Langer durch die wunderbare Altstadt. In Mainstockkeim begrüßte uns SPD-OV-Vorsitzender Othmar Röhner mit einigen Genossen. Er stellte uns Peter Brandner, den Betreiber des privaten Seniorenheims Schloss Ebracher Hof vor. Dieser erläuterte Entstehungsgeschichte und Konzept der Einrichtung. Eine wunderbare Anlage mit einem tollen Garten, in dem sich auch viel Kunst befindet, vor allem Skulpturen, die er und seine Frau Melinda geschaffen haben. In Kitzingen besichtigten wir die integrativen Gärten. Ein Projekt, das Astrid Glos, SPD-Stadträtin und Sozialreferentin, maßgeblich geprägt hat. Angrenzend an das ehemalige Gartenschaugelände haben hier Flüchtlinge gemeinsam mit Einheimischen die Möglichkeit auf eigens dafür vorgesehenen Flächen, Obst und Gemüse – hiesiges

und solches aus ihren jeweiligen Ländern – anzubauen. Voller Stolz zeigten die Flüchtlinge die Ergebnisse ihrer Arbeit. Sie sind erfolgreiche Gärtner. Markus Rinderspacher zeigte sich abschließend beeindruckt von der wunderschönen fränkischen Landschaft und den sehr heimeligen Ortschaften. Er nahm zudem viele Themen mit nach München, um die sich die SPD-Landtagsfraktion kümmern wird.

Regional- und Ehrenamtsempfang in Kitzingen mit Markus Rinderspacher

Markus Rinderspacher bei seiner Rede beim Regional- und Ehrenamtsempfang der BayernSPD-Landtagsfraktion in Kitzingen (Bild oben links), im Gespräch mit ehrenamtlich Tätigen (Bild oben rechts, und bei seiner Verabschiedung nach dem Empfang. Mit ihm und mir im Bild, links Astrid Glos, SPD-Stadträtin in Kitzingen und Heinz Galuschka, rechts, Kreisvorsitzender der SPD im Landkreis Kitzingen.

„Unser Freistaat ist viel zu zentralistisch aufgebaut“, das war eine der zentralen Aussagen von Markus Rinderspacher, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, beim Regional- und Ehrenamtsempfang der BayernSPD-Landtagsfraktion Mitte Juni in Kitzingen. Er forderte mehr Freiheiten für die Regionen und für die Kommunen mehr Eigenverantwortung. Gleichzeitig kritisierte er die überbordende Staatsregierungsbürokratie im Freistaat. In seiner Rede würdigte er auch das bürgerschaftliche Engagement, ohne das unsere Gesellschaft nicht bestehen könnte. Ich selbst machte bei diesem Empfang deutlich, dass es das Anliegen der SPD-Landtagsfraktion ist, für größere Chancengleichheit der bayerischen Regionen zu sorgen. Ich würdigte an diesem Abend auch die Leistungen vieler Vereine, Institutionen und Verbände des öffentlichen Lebens, die mit vielen Vertretern zum Empfang gekommen waren. Robert Finster, stellvertretender Landrat in Kitzingen, verwies in seiner Rede auf den Nachholbedarf in Sachen Digitalisierung im Landkreis Kitzingen. Er spannte den Bogen vom ÖPNV über die Finanzausstattung der Kommunen und die Gesundheitsversorgung bis hin zum Bildungssektor und zur Wirtschaftspolitik und verlangte

Planungssicherheit und geordnete Rahmenbedingungen für die Gebietskörperschaften. Auch er appellierte an die Anwesenden, sich weiter für die Integration zu engagieren und warb dafür, die Asylbewerber so zu handeln, wie wir in einer vergleichbaren Situation selbst behandelt werden möchten.

Aktivitäten vor Ort

Mit Landrat und Landtagskollege zu Vor-Ort-Terminen bei lokalen Hochwasseropfern

Auch in Unterfranken sorgten die starken Regenfälle Anfang des Monats Juni für Hochwasserschäden im Millionenbereich. Zusammen mit Landrat Eberhard Nuss und Landtagskollegen Manfred Ländner besuchte ich einige der Geschädigten im südlichen Landkreis Würzburg, so in Ochsenfurt (Bild). Sowohl Kommunen als auch Privatbesitzer sind von Schäden betroffen. Bei Schäden an kommunalen Gebäuden gilt aktuell eine Bagatellgrenze von 100.000 Euro. Da aber auch diese Summe kleine Kommunen schon überfordern kann, habe ich die Staatsregierung aufgefordert, diese Bagatellgrenze schnellmöglich abzusenken. Ebenso habe ich die Regierung aufgefordert, zu entscheiden, dass Hilfen sich nicht nach dem Standort orientieren, sondern am Schadensbild. Bisher wird im Hilfsprogramm eine Abstufung vorgenommen, die zwischen Regionen mit tausendjährigem Hochwasser, mit hundertjährigem Hochwasser und mit sonstigen Hochwasserereignissen unterscheidet. Es ist den Betroffenen schwer zu vermitteln, warum diese Unterscheidung gemacht wird. Dem Betroffenen, der sein Haus, seine Existenz verloren hat, ist es egal, ob das ein tausendjähriges, ein hundertjähriges oder ein dreijähriges Hochwasser war. Er braucht Hilfe, und diese Hilfe müssen wir ihm geben! Es kann nicht sein, dass wir Betroffene erster, zweiter und dritter Klasse haben. Davon bin ich überzeugt.

Dazu eine aktuelle Meldung: Erfreulicherweise hat das bayerische Kabinett in seiner Sitzung vom 14. Juni 2016 nun beschlossen, den Landkreis Würzburg in die Gebietskulisse der Regionen aufzunehmen, die von einem hundertjährlichen Hochwasser betroffen sind. Betroffene aus unserer Region können nun ebenfalls Entschädigungszahlungen aus dem Hochwasser-Hilfsprogramm bekommen. Allerdings sind die Fördersätze niedriger als in Rottal-Inn.

Einsatz für die Region

Die Auswirkungen des Klimawandels auf Land- und Forstwirtschaft

Wie wirkt sich der Klimawandel auf die Land- und auf die Forstwirtschaft aus? Dieser immer wichtiger werdenden Frage versuchte ich im Rahmen von gleich drei Gesprächen mit Behördenvertretern auf den Grund zu gehen. Gleichzeitig wollte ich in Erfahrung bringen, was getan wird bzw. welche Lösungen sich abzeichnen, um dem dramatischen Wassermangel zu begegnen.

Mit mir zu Besuch in der Landesanstalt für Wein- und Gartenbau: Von links Harry Scheuenstuhl, MdL, und Horst Arnold, MdL. Zweiter von rechts der Leiter der Landesanstalt, Dr. Hermann Kolesch

Beim **Besuch in der Landesanstalt für Wein- und Gartenbau in Veitshöchheim** und beim Besuch im Winterhäuser Wald wurde ich von meinen Landtagskollegen Harry Scheuenstuhl, er ist umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Horst Arnold, er ist agrarpolitischer Sprecher, begleitet. Der Präsident der Landesanstalt, Dr. Hermann Kolesch, verdeutlichte das Problem: In Unterfranken gibt es bayernweit die geringste Grundwasserneubildung auf Grund zu geringer Niederschlagsmengen, darüber dürfen auch die ergiebigen Regenfälle in diesem Frühsommer nicht hinwegtäuschen. Gleichzeitig steigt angesichts hoher Temperaturen und längerer Trockenphasen der Wasserbedarf in der Landwirtschaft stetig an. Die Lösung sieht Dr. Kolesch darin, Zwischenspeicher im Winter zu befüllen, und dieses Wasser im Sommer über ein System von Zuleitungen zuzuführen. Die Erläuterungen von Präsident Dr. Kolesch waren sehr informativ, vor allem machte er deutlich, dass man nicht mehr nur reagieren darf, sondern anfangen muss, zu agieren. Wer aber nimmt das in die Hand? Für uns Abgeordnete war klar, dass es eines landesplanerischen Konzeptes bedarf, in dem die Rahmenbedingungen, ein strategisches Konzept und die Finanzierungsanteile von Staat und Unternehmen festgeschrieben sind.

Gruppenbild im Winterhäuser Wald. Links von mir MdL Harry Scheuenstuhl und Uta Wagner vom Bund Naturschutz, rechts von mir Revierförster Andreas Langguth, Ludwig Angerer und Elfi Raunecker vom AELF, Horst Arnold, MdL, und Günther Maak vom Bund Naturschutz in Winterhausen.

Die höheren Temperaturen und die zu geringen Niederschläge sorgen auch für Stress im heimischen Wald. Ludwig Angerer, Bereichsleiter Forsten beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF), und Elfi Raunecker, Abteilungsleiterin beim AELF, machten beim **Besuch im Winterhäuser Wald** deutlich, dass die durchschnittliche Temperatur in den letzten 80 Jahren von 13,4° auf nun 15° gestiegen sei, im heißen Sommer 2015 sei die Niederschlagsmenge zwischen 50% und 70% unter dem langjährigen Mittel gelegen. Dies sorgt für Stress im heimischen Wald. Um den Wald für die Zukunft fit zu machen, sei es wichtig, den Anteil an Laubhölzern zu erhöhen, diese widerstehen dem Klimawandel besser. In Winterhausen habe man damit begonnen, den Wald in diesem Sinne umzubauen, machte Ludwig Angerer deutlich. Ein Problem sei der Verbiss, das sei der Grund, warum die neu angelegten Kulturen eingezäunt werden müssen.

Robert Hesselbach, SPD-Gemeinderat aus Rottendorf, den die Wassersituation im nordöstlichen Landkreis umtreibt, war mit mir beim Gespräch beim Wasserwirtschaftsamt. Links Wasserfachmann Horst Herrmann, rechts der Leiter des Amtes, Dr. Herbert Walter.

Zu einem Gespräch über die Wassersituation im nordöstlichen Landkreis Würzburg traf ich mich mit dem Leiter des **Wasserwirtschaftsamtes,** Dr. Herbert Walter. Hauptthema war der steigende Grundwasserbedarf durch die Intensivierung des Anbaus von Sonderkulturen. Es ging um die Frage, ob eine Übernutzung des Grundwassers durch die Landwirtschaft vorliegt. Nach Aussagen der Fachleute vom Wasserwirtschaftsamt ist dies nicht der Fall, dennoch müsse man achtsam sein. Wichtig sei, dass die Grundwasserentnahmen die Grundwasserneubildungsrate nicht übersteigen. Die öffentliche Wasserversorgung habe Vorrang. Für die Zukunft sehen die Fachleute vor allem die Notwendigkeit, das Grundwasser zu schonen und durch Oberflächenwasser zu ersetzen. Dieses könnte zu Hochwasserzeiten dem Main entnommen werden, was voraussetzt, dass Leitungen zum Main gelegt

werden. Der eine oder andere Landwirt denke bereits darüber nach, auch wenn die Investitionen hoch sind. Ich habe in diesem Zusammenhang gefordert, Einzelmaßnahmen zu einem schlüssigen Gesamtkonzept zu verbinden. Die Gründung eines regionalen Wasserverbandes erscheint mir ein geeigneter Weg. Es geht um nichts weniger als unsere wichtigste Ressource, das Wasser, dauerhaft zu schützen.

Förderverein Mainschleifenbahn erhofft sich Unterstützung von der Politik

Der Förderverein Mainschleifenbahn bietet Ausflugsfahrten an, er möchte aber auch im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs fahren. Prognosen sprechen von 1.400 bis 1.600 Fahrgästen täglich – ausreichend für einen ÖPNV, so Fördervereinsvorsitzender Wolfgang Schramm. In 24 Minuten gelänge man ohne Stau und Parkplatzsuche zum Würzburger Hauptbahnhof. Dennoch ist die Sache nicht ganz so einfach. Schienenpersonennahverkehr ist keine Aufgabe des Landkreises Würzburg, sondern des Freistaats. Um der Angelegenheit mehr Schwung zu verleihen, ist nach Meinung des Vereins die Politik gefordert. Zusammen mit meinen Kollegen aus dem Bundestag, Bernd Rützel und Martin Burkert, er ist verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, fuhr ich am Muttertag mit der Bahn und führte Gespräche mit den Fördervereinsmitgliedern. Begleitet wurden wir von Genossen aus dieser Region und von Bürgermeister Peter Kornell aus Volkach. Die Betreibergesellschaft und der Förderverein bringen die Kosten von 100.000 Euro pro Jahr selbst auf, Zuschüsse gibt es keine. Die Bilanz bisher: 46 Betriebstage und 30 Sonderfahrten im Jahr. Das verdient Respekt. Martin Burkert konnte Hoffnung machen: Bayern bekomme künftig 200 Millionen Euro mehr für den ÖPNV, das sollte auch der Mainschleifenbahn Chancen eröffnen. Für mich ist der Wiedereinbau einer Weiche in Seligenstadt eine wesentliche technische Voraussetzung, sonst führt die Nebenstrecke weiterhin ein Inseldasein. Darüber hinaus erachte ich eine kommunale Allianz der anliegenden Gemeinden als unerlässlich, wenn es gelingen soll, einen ÖPNV inklusive der Mainschleifenbahn zu gestalten. Buszubringerverkehre wären erforderlich, ein Parallelsystem von Bussen und Bahn soll schließlich vermieden werden.

Fachgespräch der SPD-Landtagsfraktion in Würzburg:

Öffentliche Förderungen, damit Wohnungsmieten bezahlbar bleiben.

Um bezahlbare Mieten, nachhaltiges Bauen, sozialen Wohnungsbau und um den akuten Wohnungsmangel in Bayern ging es in einem Fachgespräch, zu dem die unterfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten in die Greisinghäuser in Würzburg eingeladen hatten. Gastredner war unser Kollege aus dem Landtag, Andreas Lotte, der wohnungsbaupolitischer Sprecher unserer Fraktion ist (im Bild links). „Die Staatsregierung hat zu lange, zu wenig in den sozialen Wohnungsbau investiert“, so sein Credo. 1999 gab es noch 250.000 Sozialwohnungen in Bayern, 2015 nur noch 130.000. Auch verfehle die Staatsregierung ihre selbst gesetzten Ziele: Innenminister Herrmann spricht davon, dass 70.000 Wohnungen in den Ballungsräumen pro Jahr gebaut werden müssten, 2015 wurden nur 50.000 gebaut. Andreas Lotte war gar der Meinung, dass 100.000 Wohnungen jährlich gebaut werden müssten. In München hätten sich die Preise für Eigentumswohnungen innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Dort wenden die Haushalte bereits heute 27,1 Prozent ihres Monatsbudgets für das Wohnen auf, in Würzburg sind es bereits auch 22,5 Prozent, mit steigender Tendenz.

Was sollte getan werden? Andreas Lotte hat ein Bündel an Vorschlägen parat: Der Bestand an staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungen sollte soweit erhöht werden, dass dies einen mäßigenden Einfluss auf das Mietniveau vor Ort hat. Fördermittel sollten nicht nach dem Gießkannenprinzip vergeben werden, sondern durch gezielte Steuerung. Um für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, hält Lotte eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft für unverzichtbar. Der Geschosswohnungsbau müsste forciert werden, bisher überwiegen Ein- und Zweifamilienhäuser. Im Zuge des Konzepts der sozialgerechten Bodennutzung müssten beim Verkauf kommunaler Grundstücke klare Vorgaben gemacht werden. Nicht derjenige, der am meisten zahlt, solle zum Zuge kommen, sondern derjenige mit dem besten Konzept. Kurzfristig könne durch den Ausbau von Dachgeschossen oder durch Nachverdichtung mehr Wohnraum geschaffen werden.

Im Rahmen der sehr regen Diskussion plädierte ich für eine stärkere Abstimmung über die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg, denn so könnte auch der Landkreis vom Zuzug in den Ballungsraum profitieren. Es gelte Bedarf und Nachfrage zueinander zu bringen. Für Georg Rosenthal war wichtig, dass die Staatsregierung den enormen Handlungsbedarf erkennt.

Entwicklungspolitischer Empfang der SPD-Landtagsfraktion in Schweinfurt

Zum entwicklungspolitischen Empfang der SPD-Landtagsfraktion in Schweinfurt, der erstmals in Unterfranken veranstaltet wurde, waren politische Entscheider aus der Region und ehrenamtlich Tätige, die sich in Eine-Welt-Läden und im Bereich des fairen Handels engagieren, eingeladen. Gastgeberin war Landtagskollegin Kathi Petersen. Als Vertreter des Landkreises Schweinfurt sprach dessen Landrat Florian Töpper über die Bestrebungen, Fairtrade-Landkreis zu werden. Vertreter der AWO, von Mission EineWelt und andere berichteten über ihre Fair-Trade-Aktivitäten. Vier syrische Musiker, die als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, sorgten für musikalische Umrahmung. Beim Empfang ist deutlich geworden, dass es noch viel zu tun gibt, um für faire Arbeitsbedingungen in der Welt zu sorgen. Auch gilt es die Ungleichheit in der weltweiten Vermögensverteilung zu bekämpfen und das für wichtige Investitionen erforderliche Geld in die Hand zu nehmen.

Meine Aufgaben in München

Vertriebenenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Gastredner beim Diözesantag der Ackermann-Gemeinde Würzburg

Beim Diözesantag der Ackermann-Gemeinde Würzburg: Links von mir der Stellv. Bundesvorsitzende der Ackermann-Gemeinde Martin Panten, rechts von mir der alte und wiedergewählte Diözesanvorsitzende Hans-Peter Dörr

Als einen „wichtigen Dialogpartner mit einem tiefen christlichen Fundament" würdigte ich bei meiner Rede anlässlich ihres Diözesantags die Ackermann-Gemeinde und den Würzburger Verband. In meiner Rede ging ich u. a. auf die aktuelle Situation von Flucht und Vertreibung und auf das auseinander driftende Europa ein und stellte einen geschichtlichen Zusammenhang her. „Wer sich nicht mit der Geschichte der Vertreibung und der wechselvollen deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Geschichte auseinandersetzt, kennt die weiteren Schritte für ein gemeinsames Europas nicht". Ich verband damit die Forderung, „das Wissen und die Herausforderungen aus der Geschichte stärker der Jugend zu vermitteln." Mit Blick auf die Gegenwart sind deshalb die Einführung des nationalen Gedenktages gegen Flucht und Vertreibung im Jahr 2014 (in Bayern ein Jahr früher), die Fortschritte in der Erinnerungsarbeit (Sudetendeutsches Museum, Zentrum bzw. Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung) und die zunehmende Aufarbeitung der Vertreibung der Deutschen in Tschechien vor allem durch „viele kleine Schritte in der Zivilgesellschaft" positiv zu erwähnen. Dazu zählen für mich auch die zukunftsorientierten Begegnungen des Bayerischen Ministerpräsidenten mit seinen tschechischen Amtskollegen sowie die Satzungsänderung der Sudetendeutschen Landsmannschaft. „Diese Schritte zeigen, dass wir auf einem guten Weg sind – Schritte, auf denen wir aufbauen können. Die Eiszeit ist vorbei, aber es fängt jetzt erst an", fasste ich zum Schluss meiner Rede zusammen.

Vortrag bei der Seliger-Gemeinde über die deutsch – tschechischen Beziehungen

Vor meinem Vortrag beim Sudetendeutschentag 2016 in Nürnberg. Links von mir, Albert Schläger, rechts von mir, Dr. Helmut Eikam, die beiden Ko-Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde. Foto: Seliger-Gemeinde

Mitte Mai fand der Sudetendeutsche Tag 2016 in Nürnberg statt. Die Seliger-Gemeinde hatte mich in meiner Funktion als Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für die Vertriebenen und Aussiedler eingeladen, einen Vortrag zum Thema „Die deutsch-tschechischen Beziehungen: gestern – heute – morgen" zu halten. Einer Einladung, der ich gerne nachgekommen bin. Ich charakterisierte das deutsch-tschechische Verhältnis in den ersten zwanzig Jahren nach 1945 als Nicht-Verhältnis. Ab 1967 kam es zum Austausch von Handelsbeziehungen, doch die beiderseitigen Belastungen aus den Jahren 1918 bis 1946 (Nationalitätenpolitik, Abtretung des Sudentenlandes und Münchner Abkommen, Protektorat, Krieg, Holocaust, Gewalt gegen Deutsche, Benes-Dekrete) wogen zu schwer. Es habe eine Diskrepanz zwischen sudetendeutschen Vertretern und der Bundesregierung gegeben. Mit dem Prager Frühling habe es eine Wende im Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei gegeben, mit neuen Tönen in der Bewertung der Vertreibung. Eine weitere Phase seien die Jahre 1989 bis 2009 gewesen, geprägt durch die Entschuldigung Vaclac Havels am 28. Dezember 1989, in der er sich für die Vertreibung der Deutschen entschuldigte. Die deutsch-tschechische Erklärung von 1997 und die Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU im Jahre 2004 seien weitere wichtige Schritte der Annäherung gewesen. Heute sind die Beziehungen so gut, wie seit 1945 nicht. Doch es bleiben auch

Herausforderungen. Ich nannte die Verbreiterung des gesellschaftlich-politischen Dialogs, die Intensivierung des wirtschaftlichen Austauschs, die Schaffung von mehr Bürgerkontakten. Wünschenswert sei auf tschechischer Seite eine „substanzielle Geste bezüglich der Benes-Dekrete."

Empfang der SPD-Landtagsfraktion für Heimatvertriebene:

Hans-Jochen Vogel warnt vor einem Auseinanderbrechen der Europäischen Union

Der frühere Bundesminister und SPD-Vorsitzende **Dr. Hans-Jochen Vogel** hat vor einem Austritt Großbritanniens und einem Zerfall der Europäischen Union gewarnt. Vogel sagte: 28 Staaten mit 500 Millionen Einwohnern könnten gemeinsam Einfluss nehmen auf die internationale Politik, einzelne Staaten hingegen hätten es sehr schwer, gehört zu werden. 70 Jahre Frieden in Europa seien nur durch die Überwindung des Nationalismus möglich geworden. "Wir haben in einem gemeinsamen europäischen Haus zueinander gefunden", rief Vogel vor mehr als 250 Gästen im Plenarsaal des Bayerischen Landtags.

In meiner Funktion als vertriebenenpolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion sagte ich, „niemand könne mehr Interesse an einem geeinten Europa haben als Heimatvertriebene und deren Nachfahren. Wir Demokraten müssen klare Kante zeigen und Nationalisten entgegentreten, damit sie unsere Völker nicht wieder auseinanderdividieren können! Wer das gemeinsame Europäische Haus krisenfest machen will, darf sein politisches Fundament und sein Werte-Fundament nicht unterminieren."

Der Oberbürgermeister von Brünn, **Petr Vokřál**, bei seiner Ehrung

Erzbischof, Dr. Alfons Nossol, emeritierter Bischof von Oppeln, dankte für seine Ehrung

Im Rahmen der Feierstunde gab es Ehrungen. Der Oberbürgermeister der Stadt Brünn, **Petr Vokřál**, wurde mit dem Wenzel-Jacksch-Preis der Seligergemeinde, dem Zusammenschluss sudetendeutscher Sozialdemokraten, ausgezeichnet. Vokřál hat sich für die Versöhnung von Deutschen und Tschechen eingesetzt. Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes initiierte er ein kulturelles Jahresprogramm, mit dem aller Opfer des Krieges gedacht wurde. Höhepunkt war der Gedenkmarsch von Pohrlitz nach Brünn Ende Mai 2015 als Zeichen der Versöhnung. Damit sollte an den Todesmarsch 1945 von Brünn nach Pohrlitz erinnert werden, bei dem tausende Deutsche zusammengetrieben und getötet wurden.

Erzbischof Dr. Alfons Nossol, emeritierter Bischof von Oppeln, wurde zum 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags für seine großen Verdienste für die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen geehrt. "Sie sehen Europa nicht bloß als eine Wirtschafts- und Freihandelsgemeinschaft zur Maximierung materiellen Gewinns, sondern als Gemeinschaft des Geistes, das heißt, der Kultur und der Werte", erklärte ich in meiner Laudatio. Nossol setzte in seiner Rede auf die Kraft der Versöhnung: "Es gibt aber keine Versöhnung ohne Vergebung."

Die Siebenbürgisch-Sächsische Jugend bei ihrer Ehrung. Mit gelben Schal Christa Naaß, die frühere vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Die **Siebenbürgisch-Sächsische Jugend in Deutschland (SJD)** wurde für ihr Engagement für die Bewahrung des Kulturerbes der Siebenbürger Sachsen ausgezeichnet. Die frühere vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Christa Naaß**, lobte deren "vorbildliche Arbeit zur Förderung der kulturellen Vielfalt in Bayern". Der Jugendverband bewahre die Tradition der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen, erhalte ihr kulturelles Erbe lebendig und pflege die Verbundenheit zur Heimat der Vorfahren.

Gastbeitrag von Bernd Rützel, MdB

Liebe Genossinnen und Genossen,

WIR REGELN LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGE!
Kaum ein innenpolitisches Thema war in den letzten Wochen und Monaten zwischen Union und SPD so heiß umkämpft wie die von uns im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Änderungen bei Leiharbeit und Werkverträgen. Die Union hat sich lange dagegen gewehrt, doch nun hat sich unsere Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles weitgehend durchgesetzt:

- Wir führen die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion zurück und bekämpfen den Missbrauch von Werkverträgen. Diese wurden oft genutzt, um Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne bei den Stammarbeitsplätzen zu machen. Jetzt ist Schluss damit - wir setzen klare Grenzen.
- Bei Leiharbeit begrenzen wir die Überlassungsdauer grundsätzlich auf 18 Monate.
- Nach spätestens neun Monaten gilt der Anspruch auf gleiche Entlohnung wie bei vergleichbaren Stammbeschäftigten.
- Leiharbeitnehmer zählen künftig im Einsatzbetrieb bei den Schwellenwerten in der Betriebsverfassung mit. Das stärkt die Betriebsräte.
- Bei den Werkverträgen bringen wir Licht in die bestehenden Grauzonen. Betriebsräte haben das Recht, über Art und Umfang der vergebenen Aufgaben und die vertragliche Ausgestaltung der eingesetzten WerkvertragsnehmerInnen im eigenen Betrieb informiert zu werden.
- Außerdem definieren wir gesetzlich, wer Arbeitnehmer ist, um Rechtssicherheit bei der Abgrenzung von abhängiger und selbstständiger Tätigkeit zu schaffen.
- Die sogenannte „Vorratsverleiherlaubnis“ schaffen wir ab. Das nimmt Arbeitgebern die Möglichkeit, Werkverträge nachträglich als Leiharbeit zu deklarieren und so zu legalisieren. Im Missbrauchsfall werden die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ein Arbeitsverhältnis mit dem Einsatzunternehmen abgesichert.

Das lange Verhandeln hat sich gelohnt, denn mit diesem Gesetz verbessern wir die Situation von 1 Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern! Das sollten wir nicht wieder klein reden, sondern offensiv nach außen tragen.

Solidarische Grüße

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellv. Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales

Abgeordneter für Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungsabgeordneter für Aschaffenburg und Würzburg

Bezirksvorsitzender der SPD Unterfranken

Obertorstraße 13, 97737 Gemünden, Tel. 09351-6036563, Fax: 09351-6058298

Gastbeitrag von Kerstin Westphal, MdEP

„Pakt von Amsterdam“: Ein Meilenstein in der EU-Städtepolitik!

Am 30. Mai trafen sich die zuständigen Ministerinnen und Minister der EU-Mitgliedstaaten, um den „Pakt von Amsterdam“ zu unterzeichnen. Als Berichterstatterin des EU-Parlaments für dieses Dossier war auch ich vor Ort. In meinem Bericht habe ich betont, wie wichtig es ist, Städte früher und besser in die EU-Gesetzgebung einzubeziehen. Der „Pakt von Amsterdam“ ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer effizienteren EU-Städtepolitik!

Mehr Mitsprache und leichterer Zugang zu EU-Fonds für urbane Gebiete

Neben der früheren Einbindung in den Entscheidungsprozess, sollen Städte leichteren Zugang zu EU-Fonds bekommen. Immerhin leben etwa 70 Prozent der Bevölkerung Europas im urbanen Raum. Städtische Räume stehen vor großen Herausforderungen. Integration, Armut, Klimawandel - diese Themen sind in Städten besonders spürbar.

Um diese Herausforderungen meistern zu können, spielen Akteure vor Ort eine entscheidende Rolle. Denn ein Großteil der EU-Gesetzgebung wird auf lokaler Ebene umgesetzt - und die Kommunen brauchen dabei Unterstützung aus Europa. Städte und Kommunen dürfen sich nicht im unübersichtlichen Dschungel der europäischen Gesetzgebung oder der Fördermöglichkeiten verlieren!

Es ist daher richtig, Zuständigkeiten zu bündeln und eine Anlaufstelle bei der Kommission zu schaffen, an die sich Kommunen bei Fragen oder Problemen wenden können.

Mit EU-Kommissarin Corina Creţu

Auch Einbindung von kleineren Städten in die EU-Agenda

Zugleich warne ich allerdings vor möglichen Fehlentwicklungen: Nicht nur die europäischen Metropolen, sondern auch kleinere Städte sollten in die Agenda eingebunden werden. Zudem muss klar sein: Eine Politik für Städte darf sich keinesfalls gegen den ländlichen Raum richten. Die Agenda muss vor allem wirkliche Vorteile für Städte und Kommunen bringen, ohne gleichzeitig neue Vorschriften und Bürokratie zu verursachen. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, können wir nach diesem Meilenstein wirklich ein neues Kapitel in der europäischen Stadtpolitik öffnen!

Aufgemerkt: Infos, Termine, Veranstaltungshinweise

Montag, 18. Juli 2016 und Freitag, 22. Juli 2016 Betriebsbesuche in den Landkreisen Kitzingen und Würzburg

Sonntag, 24. Juli 2016, Verleihung des Felix-Freudenberger-Preises der Unterfranken-SPD, 11 Uhr, Akademie Frankenwarte

Mittwoch, 24.08.2016, 14:30, Zwiebelkirchweih, im Innenhof Semmelstraße

Sonntag, 25.09.2016, 11 Uhr, Frauenfrühstück zum Thema Gleichstellungsgesetz, mit MdL Dr. Simone Strohmayr, Bürgerspital Würzburg

Freitag, 30.09.2016, Betriebsbesuche, Würzburg-Land und Kitzingen

Montag, 10.10.2016, 18 Uhr, Erzieherinnenempfang, mit MdL Doris Rauscher, Bacchuskeller in Veitshöchheim

Das Team in der Semmelstraße wünscht allen Leserinnen und Lesern einen erlebnisreichen und zugleich erholsamen Urlaub!

Volkmar Halbleib auf facebook Aktuelle Pressemitteilungen, Bilder und Informationen gibt es nicht nur auf meiner Homepage, sondern auch im sozialen Netzwerk unter „Volkmar Halbleib“	
Mein Bürgerbüro: Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg **Tel.: 0931/59384, Fax: 0931/53030** **Mail: buergerbuero-halbleib@t-online.de** **Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10 - 16 Uhr** **www.volkmar-halbleib.de**	Mein Team: Martin Bielawski, Organisation Eberhard Götz, Wiss. Mitarbeit Sebastian Klein und Darius Schottdorf, Öffentlichkeitsarbeit

Impressum:

Herausgeber: MdL Volkmar Halbleib, Bürgerbüro, Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg

Redaktion: Eberhard Götz